

## *Kolumbien-aktuell*

No. 424      6. März 2006

- 1. Politik: Schatten über dem Alltag - Bewaffneter Konflikt und Gesellschaft in Kolumbien**
- 2. Wirtschaft: Ölpalmen und der Raub des Territoriums der Schwarzegemeinschaften**
- 3. Frieden und Konflikt: Die Risiken eines Prozesses ohne Wiedereingliederungspolitik**
- 4. Menschenrechte: Folter in der kolumbianischen Armee - zwischen Banalisierung und Wahlkampagne**

*Leitungsequipe:*

Alejandro Angulo S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz  
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Camilo Castellanos, ILSA

*Direktion:*

Natalia Rey

*Redaktionsequipe:*

Alejandro Angulo S.J.; Natalia Rey; Camilo Tamayo

*Gestaltung der Website:*

[www.actualidadcolombiana.org](http://www.actualidadcolombiana.org)

e-mail: [actualidadcolombiana@cinpe.org.co](mailto:actualidadcolombiana@cinpe.org.co)

*Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:*

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz  
e-mail: [askluzern@datacomm.ch](mailto:askluzern@datacomm.ch); Internet: [www.kolumbien-aktuell.ch](http://www.kolumbien-aktuell.ch)

### **1. Politik: Schatten über dem Alltag - Bewaffneter Konflikt und Gesellschaft in Kolumbien**

*Von Angelika Rettberg, Direktorin des Forschungsprogramms über Friedensaufbau der Abteilung Politische Wissenschaften der Universität Los Andes*

Im November 2005 führten das *Institut für Entwicklung und Frieden INDEPAZ* und die Universität *Los Andes* eine Umfrage zur *Wahrnehmung des Konfliktes im Alltag* durch. Die Umfrage war ein zentrales Instrument eines Projektes, welches jährlich durchgeführt werden soll. Damit soll die Wahrnehmung der kolumbianischen Bevölkerung festgestellt werden, wie sich die Gewalt der bewaffneten Gruppen und der gegen diese entwickelten Politik auf ihre Lebensbedingungen auswirkt. Ebenso sollen Alternativen des Friedensaufbaus identifiziert werden. Die Resultate der Umfrage wurden am 21. Februar 06 an der Universität Los Andes präsentiert.

Gewöhnt an die Zahlen über Angriffe, Vertreibungen, Morde und Verhaftungen nehmen wir KolumbianerInnen selten wahr, wie der bewaffnete Konflikt unser Alltagsleben prägt und zutiefst durchdringt. Nach der Umfrage von INDEPAZ und der Universität Los Andes gaben 61% der Befragten an, dass der Konflikt auf ihre Lebensbedingungen als Familie Einfluss hat; 54% sagten, dass er ihre persönliche Ruhe beeinträchtigt; 46%, dass ihre Mobilität beeinträchtigt wird; 45%, dass ihre körperliche Sicherheit und 44%, dass ihre Arbeitsmöglichkeiten durch den Konflikt beeinträchtigt werden. Diese alltägliche Dimension des bewaffneten Konfliktes - zweifellos weniger sichtbar, weniger sensationell und selten von den Medien behandelt - ist eines der nationalen Dramen, welches kaum studiert und sehr schwer zu erfassen ist. Diese Realität ist derart komplex, dass auf die Frage nach den wichtigsten Problemen des Landes die Befragten den bewaffneten Konflikt erst an vierter Stelle nannten, nach Armut, Ungerechtigkeit und Korruption.

Dieses scheinbare Paradox hat verschiedene Interpretationen. Einerseits, nach Jahrzehnten des bewaffneten Konfliktes, scheint es, dass die KolumbianerInnen eine Reihe von Fähigkeiten entwickelt haben, um mit ihm zu leben (und dem Konflikt gegenüber unempfindlich zu sein). Ohne gross zu überlegen, reden wir mit Unbekannten nicht über bestimmte Themen; wir vermeiden gewisse Orte; in den Städten beobachten wir aus den Augenwinkeln die Autos und wer uns auf den Strassen begegnet; im Ausland kämpfen wir um das gute Image des Landes (der Kaffee, die Smaragde, die beiden Küsten); in unseren Dörfern ziehen wir uns früh in unsere Häuser zurück, wenn wir fremde Leute auf den Strassen beobachten; und im ganzen Land schauen wir weg, wenn wir an Ampeln oder auf dem Gehsteig einer Familie begegnen, die auf einem handgeschriebenen Karton um Hilfe bittet. Diese Angaben bestätigen, dass wir alle uns selbst ausrechnen können, inwieweit die Realität des Konfliktes unsere Lebensqualität und jene unserer Umwelt verringert.

Andererseits, in Übereinstimmung mit dem übrigen Lateinamerika, hat die Armut für die KolumbianerInnen Vorrang. Wie auch jüngste Umfragen von *Latinobarometer* und der Universität Vanderbilt gezeigt haben, und wie es auch durch den Wahlerfolg und die Machtübernahme von Regierungen, welche die unerfüllten Versprechen von Wachstum und sozialer Ausgewogenheit auf ihre Fahnen geschrieben haben, bestätigt wurde, steht für die LateinamerikanerInnen die Überwindung der Armut an erster Stelle. Dass diese - im Fall Kolumbiens - teilweise durch den bewaffneten Konflikt verursacht ist, scheint nicht in das kollektive Bewusstsein gedrungen zu sein (auch wenn es eine der Erklärungen sein könnte, weshalb die Armut an erster Stelle der Sorgen kommt, denn sie wird auch als Grund für den Konflikt gesehen, also als das ursprüngliche Problem). Dass die Armut das tägliche Leben der KolumbianerInnen vielleicht am stärksten beeinflusst - die Möglichkeit zu essen, Zugang zu Gesundheitsversorgung und ein Dach über dem Kopf zu haben - ist eine Tatsache, die vielleicht erklärt, weshalb der Konflikt trotz seiner Allgegenwart an zweiter Stelle kommt.

Die Folgen dieser Reflexionen für den Friedensaufbau sind zahlreich und komplex. Die Literatur über Friedensaufbau und die Manuale der internationalen Organisationen, welche in diesem Bereich tätig sind, sind voller Empfehlungen in Bezug auf die Notwendigkeit, die Zivilgesellschaft in die Friedenssuche mit ein zu beziehen. Je höher die Unterstützung und die Kooperation der Zivilgesellschaft ist, umso schneller und weniger traumatisch kann der Aufbauprozess eines dauerhaften Friedens erfolgen, wird gesagt. Logisch, aber in gewisser Weise pervers, dass diese Unterstützung leichter in Krisensituationen zu gewinnen ist, in denen die Solidarität und die Bereitschaft zur Unterstützung und zur Übernahme von Kosten wächst. Nicht von ungefähr erblühten und vervielfachten sich Mitte der 1990er Jahre, als sich Kolumbien in der Regierungskrise unter Präsident Samper befand, mit einer schweren Rezession und einer einschneidenden Verschärfung des bewaffneten Konfliktes konfrontiert war, die Friedensinitiativen der Zivilgesellschaft mit einer breiten Unterstützung der Bevölkerung.

Im Gegensatz dazu führt das Fehlen einer augenfälligen Krise oder das Gefühl einer Verbesserung (wie im Moment in Kolumbien) zur Verminderung der Bereitschaft zur Zusammenarbeit und macht es schwieriger, bei einem skeptischen und enttäuschten Publikum die notwendige Basis zu schaffen, um die Kosten des Friedens zu tragen. Diese Kosten, die wir alle eventuell tragen müssen, bedeutet mehr Steuern zu bezahlen, mit erklärten Menschenrechtsverletzern zusammen zu leben und - wie es viele schon erleben - mit den Demobilisierten um die raren Arbeitsplätze zu wetteifern. Nicht nur finanziell sind die Kosten hoch und setzen einen minimalen sozialen Konsens voraus. Dies nicht nur, damit viele Aufgaben, die zum Aufbau eines dauerhaften Friedens notwendig sind, nicht aufgeschoben werden, sondern auch, dass kein latenter Groll, offene Rechnungen und Unbehagen bleiben, die später auf den politischen Prozess Einfluss ausüben können.

Paradoxerweise beeinträchtigt eine Reduzierung der Konfliktintensität die Möglichkeiten, den Frieden zu erreichen. Dies im Kontext einer Bevölkerung, welche den Konflikt nicht zu ihren wichtigsten Sorgen zählt. Es ist aber wichtig, die Perspektive der umfassenden Unterstützung einer politischen Verhandlungslösung zur Überwindung des Konfliktes - wie sie klar in der Umfrage zum Ausdruck kam - hier einfließen zu lassen. Tatsächlich zeigt die Erfahrung aller Länder, welche den Übergang von Konflikten zum Frieden gemacht haben, dass der Verhandlungstisch zwischen den Führungspersonen der verfeindeten Parteien zur Umsetzung möglicher Abkommen ein langer Weg ist, welcher die massive Unterstützung (und Geduld) der Gesellschaft braucht. Wenn das Blitzlichtgewitter der Fotografen vorbei ist und die internationalen Beobachter abgezogen sind, bleibt ein signifikanter Teil der Verantwortung zur Konsolidierung des Friedens in den Händen der Zivilgesellschaft. Und die Zivilgesellschaft ist eine der Schlüsselfiguren für den Friedensaufbau.

Dass mehr als 80% der Befragten bekräftigen, dass die bürgerliche Mitbeteiligung für die Erreichung des Friedens und des Zusammenlebens nützlich oder sehr nützlich ist, ist ein guter Hinweis, dass wir in dieser Richtung Fortschritte machen. Es bleibt aber die Frage, ob jene 82,7%, die sagten, sie wären bereit, Vertriebene als Nachbarn zu haben oder Vertriebene an ihrem Arbeitsplatz aufzunehmen (77,6%), Initiativen zur Respektierung der Menschenrechte zu unterstützen (65,7%) oder bei Widerstandsinitiativen mitzumachen (60,2%) nicht ihre Meinung ändern, wenn sie mit den wirklichen Tatsachen und den damit verbundenen Schwierigkeiten konfrontiert werden. .

Den Friedensaufbau in einer Gesellschaft voran zu treiben ist vielleicht eine der bedeutendsten Herausforderungen Kolumbiens und auch eine der schwierigsten. Uns erscheint der Wachmann mit Hund am Eingang des Supermarktes, die Kontrollen und Überprüfungen, die Schützenpanzer in den Strassen, die Präsenz bewaffneter Männer in unseren Dörfern und nicht überall hin gehen zu können, schon völlig normal. Ganze Generationen von KolumbianerInnen sind im Kontext des Konfliktes aufgewachsen, der uns mit seinem Auf und Ab hohe Kosten verursacht, aber in dem die Menschen auch einen modus vivendi entwickelt haben, um mit diesem Konflikt zu leben und in diesem Land zu handeln. Dieser modus vivendi ist einerseits ein notwendiges Werkzeug des Überlebens, aber gleichzeitig auch eines der wichtigsten Hindernisse, das hinterfragt und aufgebrochen werden muss, um zu einem dauerhaften Frieden zu kommen. Die Umfrage gibt uns einige Hinweise, wie dies geschehen könnte.

## **2. Wirtschaft: Ölpalmen und der Raub des Territoriums der Schwarzengemeinschaften**

*Was geschieht am Unterlauf des Atrato-Flusses? Die Ölpalme, Produkt, auf das die Regierung und die Unternehmer als wichtigstes landwirtschaftliches Exportprodukt setzen, zerstört das kollektive Eigentum der Schwarzengemeinschaften des Chocó und ist eine Bedrohung für die Umwelt der Pazifikküste.*

Von Daniel Ruiz Serna, Forscher am Cinep, [urabacinep@cinep.org.co](mailto:urabacinep@cinep.org.co)

Vom Ufer des Flusses Curbaradó bis zur Höhe des Weilers Brisas zeichnen sich die enormen Plantagen der Ölpalmen ab, die sich in voller Produktion befinden. Eine enorme Fähre transportiert die Busse über den Fluss, in denen täglich Hunderte von Arbeitern aus Belén de Bajirá zur Arbeit auf die Plantagen kommen. Die Fähren setzen auch die mit den Früchten der Ölpalme beladenen Lastwagen über den Fluss, aus denen Biotreibstoff oder Ölprodukte für die Nahrungsmittelindustrie gewonnen werden. Auf den ersten Blick scheinen die mehr als 30'000 Hektar Ölpalmen, welche im Flussgebiet des Curbaradó und des Jiguamiandó gepflanzt wurden, mit samt ihrer Infrastruktur für den Export ein Beweis für die Anstrengungen einiger Unternehmer, welche auf diese Pflanzen mit einer verzögerten Rendite in einer vom Staat vergessenen Region setzten.

Doch die sozialen Organisationen der Schwarzen Gemeinschaften, die Kirche des Chocó, die Omdudsstelle und einige Menschenrechtsorganisationen haben schon oft angeklagt, dass der Erfolg dieses Unternehmens auf der Missachtung der Rechte der Schwarzen Gemeinschaften beruht, die seit Generationen in diesen Gebieten leben. Kurz zusammengefasst: Zwischen 1996 und 1997 wurden die Gemeinschaften dieser Region durch eine in ganz Urabá durchgeführte paramilitärische Offensive gewaltsam vertrieben. Die Paramilitärs konnten dabei auf die Unterstützung des Kommandanten der 17. Armeebrigade, Rito Alejo Delgado, zählen, der jetzt bei den Wahlen vom 12. März 06 für einen Sitz im Senat kandidiert. Als die Gemeinschaften 1999 ihre Rückkehr begannen, fanden sie ihre Landstücke von den Paramilitärs besetzt und in gigantische Ölpalmplantagen verwandelt vor.

Das Territorium der Flussgebiete des Jiguamiandó und des Curbaradó sind (oder waren) Teil des kollektiven Besitzes, welches durch das Gesetz 70 von 1993 den afrokolumbianischen Gemeinschaften der Pazifikküste überschrieben worden war. Nach diesem Gesetz sind die Gebiete dieser Gemeinschaften unveräusserlich, nicht zu beschlagnahmen und verfallen nicht. Denn man anerkannte im Kollektiveigentum eine wichtige Komponente der ethnischen und kulturellen Identität dieser Völker. Da aber weder die Multikulturalität, die Pluriethnizität und die ökologische und soziale Funktion des Territoriums der Schwarzen Gemeinschaften Teil der Agenda der Paramilitärs und dieser Ölpalmunternehmer ist, war es für sie kein Problem, die Wälder mit der weltweit grössten Artenvielfalt zu roden und Monokulturen anzubauen, die Teil der Pläne des transnationalen Kapitals sind.

Leider scheinen die Anklagen über die Menschenrechtsverletzungen und die kollektiven Rechte der Schwarzen Gemeinschaften und die Missachtung von internationalen Abkommen, die Kolumbien unterzeichnet hat, von den tauben Ohren unserer Regierung nicht gehört zu werden. Im Gegenteil, die Palmunternehmer haben alle möglichen wirtschaftlichen und steuerlichen Begünstigungen erhalten, denn das Ziel ist es, Kolumbien zu einem der weltweit wichtigsten Exporteure von Ölpalmprodukten zu machen. Eine Lektüre der neoliberalen Sichtweise zeigt, dass der Boden nur durch solche Wirtschaftsprojekte an Wert gewinnt. Durch die jüngste Unterzeichnung des bilateralen Freihandelsabkommens mit den USA TLC ist es die Agroexportindustrie und nicht die landwirtschaftliche Produktion - und noch viel weniger die Ernährungssicherheit - die in den Plänen für den Einschluss unserer Landwirtschaft in die Weltwirtschaft vorgesehen ist. Eine andere Lektüre - ich weiss nicht, ob in dieser gleichen neoliberalen Sichtweise - zeigt, dass die paramilitärische Strategie die beste Form war, andere Lebensalternativen zu zerstören und die für die Expansion dieser Megaprojekte notwendige Struktur zu schaffen.

### **Was geschieht am Bajo Atrato?**

Mit diesen mächtigen Alliierten im Rücken machen die Ölpalmunternehmen, welche das Territorium der Schwarzen Gemeinschaften geraubt haben, was ihnen passt. Im April 2005 erklärte das staatliche *Institut für ländliche Entwicklung INCODER*, 14'881 Hektaren von den Unternehmen Urapalma, Palmas S.A., Palmas de Curbaradó, Inversiones Fregni Ochoa und La Tukeka für illegal besetzt, um sie im Oktober 2005 - wie durch Zauberei - als Privatbesitz zu erklären. Nach dem

Studium von 131 der 732 angeblichen Besitztitel der Palmunternehmen entschloss sich INCODER 10'162 Hektaren des kollektiven Landtitels der Schwarzengemeinschaften abzuerkennen.

Im Bericht vom 19. Oktober 2005 fand INCODER, dass sich die besuchten Ländereien innerhalb des kollektiven Eigentums der Schwarzengemeinschaften des Jiguamiandó und Curbaradó befinden, was *in Übereinstimmung mit der kolumbianischen Gesetzgebung bedeutet, dass dieser Privatbesitz respektiert und von den kollektiven Landtiteln der Schwarzengemeinschaften ausgeklammert werden muss. Denn nach der kolumbianischen Verfassung hat der Staat die Pflicht, diesen Privatbesitz anzuerkennen.* Eine löbliche Anstrengung zur Verteidigung des Privateigentums, Säule unseres sozialen Rechtsstaates. Doch, welches Privateigentum? Sind etwa die kollektiven Landtitel der Schwarzengemeinschaften nicht auch Besitztitel, über die sie mit Recht und kultureller Selbstbestimmung verfügen können? Warum verteidigt der Staat nicht auch mit soviel Vehemenz diese kollektiven Besitztitel, die widerrechtlich den Gemeinschaften entrissen wurden?

Wenn mit dem Studium von 18% des Landes, welches die Palmunternehmen als ihren Privatbesitz reklamieren, bereits 51% des widerrechtlich geraubten Landes den Palmunternehmen zugesprochen wurde, dann bedeutet dies, dass, wenn es in diesem Rhythmus weitergeht, die Schwarzengemeinschaften den Palmunternehmen noch Land schulden werden.

Mit diesen jüngsten Resolutionen von INCODER schöpft die Regierung den Weg der Legalisierung dieser widerrechtlichen Situationen aus, welche von den sozialen Organisationen eingeklagt wurden. In grosser Eile bereitete INCODER einer Reihe von Resolutionen vor, mit denen versucht wird, die Gemeinschaftsräte der Schwarzengemeinschaften zu wirtschaftlichen Allianzen mit den Privatunternehmen zu ermuntern. Dies passt genau mit den Projekten des Büros des Friedensbeauftragten überein, welcher Pläne zur sogenannten *wirtschaftlichen Integration* der demobilisierten Paramilitärs entworfen hat.

Die paramilitärischen Chefs insistieren auf der Schaffung von Unternehmen und wirtschaftlichen Alternativen für die ehemaligen Kämpfer. Viele dieser Unternehmen sind in Urabá bereits in Betrieb. Eines dieser Modelle, welches der Friedensbeauftragte beschrieben hat, sind die strategischen Allianzen mit erfolgreichen Unternehmern am Bajo Atrato zum Anbau von Ölpalmen. Hier wird nicht nur eine Neuansiedlungspolitik verfochten - es werden Leute angesiedelt, die nicht der Ethnie der Schwarzen angehören - sondern die Palmunternehmer haben auch ein Modell entwickelt, wo die Unternehmer Pächter sind, welche die Kosten für das Pflanzen, die Pflege und die Produktion der Ölpalmen übernehmen und dafür die legitimen Besitzer dieses Territoriums zu Lohnarbeitern auf ihrem eigenen Land machen.

So präsentiert uns die Regierung die Ölpalme als das Unternehmen, welches die kolumbianische Landwirtschaft retten wird und vor allem als sozioökonomisches Modell innerhalb der Verhandlungen mit den Paramilitärs dient. Zweifellos wird die Regierung Uribe als einzige Regierung in die Geschichte eingehen, welche den biblischen Mythos der Geschwisterlichkeit und des Friedens verwirklichte, denn mit der Ölpalme am Bajo Atrato wird sie den Löwen mit dem Schaf aus dem gleichen Napf fressen lassen.

### **3.Frieden und Konflikt: Die Risiken eines Prozesses ohne Wiedereingliederungspolitik**

*Von Pedro Santana Rodríguez, Präsident von Viva la Ciudadanía*

Als erster schlug der Bürgermeister von Medellín, Sergio Fajardo Valderrama, Alarm. Es ist logisch, dass er als erster auf die Risiken eines Demobilisierungsprozesses ohne

Wiedereingliederungspolitik aufmerksam macht. In Medellín ist auf Kosten der Stadtverwaltung seit etwas mehr als 22 Monaten ein Wiedereingliederungsprozess von 864 demobilisierten Paramilitärs des *Bloque Cacique Nutibara* im Gange. In diesem Prozess hat die Stadtverwaltung an Erfahrung gewonnen, ist in der Praxis aber auch an die Grenzen dieses Prozesses gestossen.

Doch die Sorge von Sergio Fajardo hat noch mit einer anderen Realität zu tun, der er sich in unmittelbarer Zukunft stellen müssen. Nach seinen eigenen Schätzungen werden von den 24 - 25'000 Demobilisierten rund 5600 nach Medellín kommen. Die Stadt hat für die Wiedereingliederung der 864 Paramilitärs des Cacique Nutibara bis heute rund 15 Mrd. Pesos (ca. 6 Mio. Euro) aufgewendet. Wie viel eine Eingliederung von mehr als 5'000 Demobilisierten kosten wird, lässt sich daran in etwa abschätzen.

Fajardo weist in seinem Vorschlag für eine nationale Wiedereingliederungspolitik darauf hin, dass *wir einer Zeitbombe gegenüber stehen* und bezieht sich dabei auf das Fehlen einer nationalen Wiedereingliederungspolitik. Und er meint, dass dies kein Fehlalarm sei. In Kolumbien ist eine breite Auseinandersetzung über die Verhandlungen mit den Paramilitärs im Gange und über die angemessene Dosis von Verzeihen und Gerechtigkeit, die es zur Konsolidierung des Friedens braucht. Die Debatte über die Wiedereingliederung hat jedoch erst begonnen.<sup>1</sup>

Die Wahrheit ist, dass zusätzlich zu den schweren und grossen Problemen des rechtlichen Rahmens, der weder Wahrheit, noch Gerechtigkeit und Wiedergutmachung garantiert und mit grossen Schwächen der Prüfung des Verfassungsgerichtes gegenüber steht - das Urteil wird auf Ende April 06 erwartet - dieser rechtliche Rahmen auch die Feuerprobe der Internationalen Justiz im Bereich der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechtes passieren muss. Auf diesen Ebenen, insbesondere beim Interamerikanischen Menschenrechtshof, hat die kolumbianische Justiz und der kolumbianische Staat schwere Niederlagen erlitten. Dazu wird in Zukunft noch der Internationale Strafgerichtshof kommen, welcher diesen Prozess genau beobachten wird, da bereits Klagen gegen Guerilla, Staat und Paramilitärs wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit beim Internationalen Strafgerichtshof vorgebracht worden sind, in denen die kolumbianische Justiz versagt hat. Zu all diesen Schwierigkeiten kommt nun noch das Fehlen einer Wiedereingliederungspolitik dazu.

Dieses Fehlen wurde nicht nur vom Bürgermeister von Medellín konstatiert. Der 6. Bericht der Überprüfungscommission der OAS, welcher am 1. März in Washington veröffentlicht wurde, berichtet über drei grundlegende Probleme, denen der Verhandlungsprozess mit den Paramilitärs gegenüber steht. Erstens wird im Bericht angeklagt, dass weiterhin bewaffnete Strukturen bestehen, wobei auf eine Gruppe von 60 - 80 Mann ehemaliger Kämpfer von Don Berna hingewiesen wird, welche im Norden des Wasserkraftwerkes Urrá in Tierralta im Dep. Cordoba verblieben sind und heute weiterhin den Kokaanbau und die Vermarktung der Kokainbase in der Region kontrollieren. Bewaffnete Restgruppen operieren laut dem OAS-Bericht auch in den Dep. Meta, Vichada, Sucre und Bolívar. Ein zweites Problem ist gemäss dem Bericht die Waffenabgabe. Obwohl bereits etwas mehr als 22'000 Paramilitärs demobilisiert worden sind, wurden nur rund 13'000 Waffen abgegeben, darunter Gewehre, Schrotflinten und Pistolen. Dies wirft laut dem Bericht die Vermutung auf, dass Hunderte von Waffen versteckt wurden. Die OAS verlangt in ihrem Bericht die beschleunigte Vernichtung der abgegebenen Waffen, um deren Recyceln für den Krieg oder die Delinquenz zu verhindern.

Das dritte, schwerwiegende Problem liegt laut dem Bericht in dem Fehlen einer Wiedereingliederungspolitik. Im Bericht werden schwere Fehler beim Wiedereingliederungsprogramm angeklagt und gesagt: *Mit Ausnahme einiger Zonen ist (die Wiedereingliederung) in Krise und gefährdet langfristig die Umsetzung des Friedensprozesses.* Dies alles führt zum Beispiel zur Neugruppierung von Demobilisierten in Verbrecherbanden, welche über spezifische Gemeinschaften und illegale Wirtschaftsaktivitäten Kontrolle ausüben. Der

---

<sup>1</sup>Fajardo Valderrama Sergio, Vorschlag für eine Nationale Wiedereingliederungspolitik. Das Modell Medellín.

[www.vivalaciudadania.org](http://www.vivalaciudadania.org) oder [www.medellin.gov.co](http://www.medellin.gov.co)

Bericht zeigt auf konkrete Beispiele solcher bewaffneter Banden hin, die eine Kontrolle über die Bevölkerung ausüben und diese erpressen, so in Gebieten der Departemente Sucre, Valle del Cauca, Cordoba, Meta, Cundinamarca und Nariño.

Die Risiken der fehlenden Wiedereingliederungspolitik sind genau die Entstehung von Bändertum und Drogenhändlerringen. Dies geschah auch in El Salvador, wo Tausende von Waffen im Umlauf und Tausende von ehemaligen Kämpfern ohne Alternativen blieben, ohne Bildung, ohne psychosoziale Hilfe, ohne Arbeit und geregeltes Einkommen. Tausende haben sich in Banden, den sogenannten *maras* organisiert und das gewöhnliche Verbrechen zu ihrer Lebens- und Überlebensform gemacht.

Mit Ausnahme von Medellín, wo auf verantwortungsvolle und einsame Weise die Stadtverwaltung eine Wiedereingliederungspolitik umgesetzt hat, wobei die Demobilisierten eine monatliche Unterstützung von 600'000 Pesos und psychosoziale Hilfe bekamen und ihnen Bildungs- und Resozialisierungsangebote gemacht und Hilfen für ein geregeltes Einkommen gegeben wurden, besteht im Rest des Landes die Wiedereingliederungspolitik einzig und allein im Erhalt von monatlich 350'000 Pesos während 18 Monaten und dem Erhalt von 8 Mio. Pesos für jeden Demobilisierten, welcher danach ein Produktivprojekt startet. Dies ist die Wiedereingliederungspolitik der Regierung, welche grosse Gefahren in sich birgt, wie sowohl der Bericht der OAS wie auch die Haltung von Sergio Fajardo klar zeigen. Hier liegt ein weiteres, offensichtliches Problem dieses wenig transparenten und sehr unklaren Prozesses.

#### **4. Menschenrechte: Folter in der kolumbianischen Armee - zwischen Banalisierung und Wahlkampagne**

*Diese Ereignisse müssten zumindest die Revision der pädagogischen Strategien der Armee bewirken, damit die Menschenrechte tatsächlich in die militärische Mentalität eindringen und nicht nur ein desintegrierter ad hoc Kurs ist, an dem teilzunehmen den Anstrich einer Strafe hat.*

*Von Victor Guerrero, Anwalt und Forscher des Menschenrechtsinstitutes der Universität Javeriana*

Die Bilder Soldaten, die von ihren Vorgesetzten gefoltert worden waren - Angehörige des Bataillon Patriota der 6. Armeebrigade mit Sitz in Piedras im Dep. Tolima, nur zwei Autostunden von Bogotá entfernt - haben die Öffentlichkeit des Landes erschüttert. Die Zeitschrift *Semana* veröffentlichte am 19. Februar 06 (Ausgabe 1242) eine ausführliche Reportage mit direkten Zeugenaussagen der Opfer und Interviews mit den lokalen medizinischen Behörden - den gerichtsmedizinischen Instituten - welche die Untersuchung leiteten und in einigen Fällen dauerhafte körperliche Schädigungen diagnostizierten. Drei Tage nach dieser Veröffentlichung - als Präsident Uribe aus Washington zurück kam, wo er die Beschleunigung der Unterzeichnung des bilateralen Freihandelsabkommens TLC vorangetrieben hatte - ordnete er die Entlassung des Armeekommandanten General Reinaldo Castellanos an, bestimmte sofort dessen Nachfolger und wies in einer Rede auf die Verantwortung der Armee hin, diese Praktiken auszumerzen und setzte dann seine Wiederwahlkampagne fort.

Die Reichweite des Geschehenen und die rasche Entwicklung der Ereignisse verlangen eine Analyse, welche die Grundprobleme der Situation des Landes aufzuzeigen erlaubt, die in diesen Ereignissen offen zu Tage traten. Die Schwere der Vorkommnisse, welche exakt in einem Ausbildungslager zur Verhütung von Guerillaaktionen geschahen, steht in einem erschütternden Kontrast zu der von einigen Hauptverantwortlichen mit ernsthafter Überzeugung vorgebrachten Argumenten, sie hätten nur getan, was man sie gelehrt habe oder dass dies Teil des *psychologischen Drucks* gewesen sei.

Die Art der Misshandlungen - Schläge, Verbrennungen, sexuelle Gewalt, Vergewaltigung, Untertauchen in Fäkalien - bei denen die Opfer gefesselt waren und so in einen Zustand der

Wehrlosigkeit versetzt wurden, wie auch ihr Alter - nur gerade 18 Jahre - und auch ihre Herkunft aus niedrigen sozialen Schichten, was den Müttern der Opfer nicht erlaubte, sofort die notwendigen rechtlichen Massnahmen einzuleiten; dies alles übersteigt bei weitem die rechtliche Klassifizierung, welche die Militärjustiz diesen massiven Verfehlungen gab.

Tatsächlich verlangte die Militärjustiz die Übernahme des Falls unter dem im Militärstrafgesetz aufgeführten Delikt des *Angriffes auf einen Minderjährigen*, was ein Euphemismus und eine Banalisierung ist, denn es geht hier klar um das Delikt der Folter, was eine extreme Verletzung der menschlichen Würde und zweifellos eine Menschenrechtsverletzung darstellt, verübt von Staatsbeamten. Da es um eine offensichtliche Handlung ausserhalb der militärischen Funktion geht, ist auch die Militärjustiz nicht zuständig, sondern der Fall gehört vor ein ordentliches, ziviles Gericht zur Aburteilung.

Dies ist ein Fall mehr, in dem die Militärjustiz versucht, Fälle an sich zu reissen, die klar nicht in ihre Kompetenz gehören. Seit 1997 hat das Verfassungsgericht die Kompetenz der Militärjustiz radikal eingeschränkt und Fälle von Folter und unmenschlicher Behandlung und sämtliche Verstösse, die nicht mit der angemessenen Ausübung der militärischen Funktionen in Verbindung stehen, der Kompetenz der Militärjustiz entzogen. Dieser Ausschluss wurde zudem im geltenden Militärstrafgesetz verankert, welches 1998 verabschiedet wurde. Die Übernahme des Falls durch die Militärjustiz hat nur zum Ziel, die Untersuchungen zu erschweren, die Schwere des Falls zu vertuschen und die angemessenen Entschädigungszahlungen an die Opfer und deren Familien tief zu halten. Zudem hat der Interamerikanische Menschenrechtshof wiederholt die kolumbianische Militärjustiz kritisiert, da sie den internationalen Standards in Bezug auf Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Wirksamkeit nicht genügt.

In den zahlreichen Urteilen des Interamerikanischen Menschenrechtshofes - so im Fall Santana und Caballeros in den 80er Jahren wie auch kürzlich im Fall Pueblo Bello, wo das Urteil nur eine Woche nach diesen Foltervorfällen bekannt wurde - wurde der kolumbianische Staat für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen schuldig gesprochen. Dabei wurde bis zur Ermüdung stets auf die Unwirksamkeit der Militärjustiz hingewiesen, ohne dass diese jedoch zu den notwendigen Korrekturen geführt hat. Zweifellos sind die materiellen Umstände der verbrecherischen Aktionen, die sich in jenen Regionen ereignen, in denen die Armee die einzige staatliche Präsenz ist und sie daher auch die erste ist, welche von den Ereignissen Kenntnis hat, ein erster Faktor, welcher dazu beiträgt, die Untersuchungen zu verhindern. Auch hier wird der Fall einmal mehr von der Militärjustiz übernommen, obwohl er deren Kompetenz klar entzogen werden müsste.

Die Schwere dieses Falls wird noch komplexer durch die Tatsache, dass diese Folter an eben erst von erfahrenen Vorgesetzten rekrutierten professionellen Soldaten verübt wurde, dies im Rahmen eines Ausbildungskurses zur Bekämpfung der Guerilla und um ihr zu entkommen. Wenn diese Ausbildung einen derartigen Grad an Brutalität gegenüber eben erst Rekrutierten einschliesst, so kommen viele Zweifel und Fragen darüber auf, wie die Behandlung der Vorgesetzten und ihrer späteren Nachfolger gegenüber der Guerilla und der Zivilbevölkerung sein wird, welche im Kontext des irregulären Krieges stets als Verbündete der Guerilla betrachtet wird. Eine solche Behandlung - auch die jüngsten Guerillaaktionen in Vista Hermosa (Meta), Iscuandé (Nariño), Teteyé (Putumayo) mit einbeziehend, in denen mindestens 63 Soldaten in den Operationsgebieten des Plan Patriota ihr Leben verloren - zusammen mit einem beschleunigten Verfall der militärischen Initiative durch die Armee, zeigen den Druck und die Spannungen auf, denen die Armee ausgesetzt ist. Es wird klar, dass sie an die Grenzen ihrer operativen Fähigkeiten und Nachhaltigkeit gelangt ist.

In diesem Kontext müssen die Foltervorfälle mindestens zur Veränderung der pädagogischen Strategien der Armee führen, damit die Menschenrechte tatsächlich in die militärische Mentalität eindringen und nicht nur ein desintegrierter ad hoc Kurs sind, an dem teilzunehmen den Anstrich



einer Strafe hat. Dies umso mehr, als sich die kolumbianische Armee selber in Sachen Menschenrechte weltweit zu den bestausgebildetsten zählt.

Die Handhabung dieser Vorfälle durch Präsident Uribe zeigt eine besorgniserregende Personifizierung, die bereits zu einem strukturellen Faktor der Untergrabung der kolumbianischen Institutionen geworden ist. Diese Personifizierung neigt dazu zu erlauben und zu begünstigen, dass Belange von höchster Wichtigkeit im Rahmen der laufenden Wahlkampagne zur Stärkung des Images des Präsidenten-Kandidaten genutzt werden. Der Vorfall wird als etwas behandelt, das nichts mit der Verantwortung des obersten Chefs der Armee - also dem Präsidenten - zu tun hat. Und dieser scheint die nationalen Probleme durch die Ersetzung von in seinem Dienst stehenden Figuren zu lösen, womit er grundlegende Korrekturmaßnahmen verhindert. Zudem verhindert der *Tefloneffekt*, dass der Präsident von der Krise seiner Untergebenen beschmutzt wird.

So hatte z.B. in jüngster Vergangenheit die Vergewaltigung einer Minderjährigen in einer Polizeistation durch einen Polizisten die Reform der Polizei zur Folge, wobei mehrere Hundert Polizisten versetzt wurden. Ebenso hatte die Infiltration des Paramilitarismus in das Staatliche Sicherheitsdepartement DAS die Absetzung des Direktors - welcher mit einem Konsulatsposten im Ausland belohnt wurde - wie auch mehrerer Dutzend Funktionäre zur Folge. Die Handhabung dieses Folterfalles an Soldaten durch den Präsidenten wird verhindern, dass hier etwas Ähnliches geschieht und die Aufdeckung eines derart beängstigenden Symptoms zu einer vergleichbaren grundlegenden Veränderung führen wird.

Das Land befindet sich inmitten einer bewaffneten Konfrontation, wobei die Regierung diese verleugnet, was zu einer Ungewissheit in Bezug auf die gesetzlich gültigen Normen geführt hat. Zudem zeigt die Armee, zentral bei der Umsetzung der Politik der demokratischen Sicherheit, dass in ihrem Innern Praktiken vorkommen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit bedeuten. Kommt dazu, dass das herrschende Szenario keine demokratische Diskussion über die notwendigen Reformen zulässt.

Sowohl die Äusserungen von Präsident Uribe wie auch der Armeespitze kreisen rund um das Verschleiern und Aufdecken der Folterfälle. Doch das Land steht davor, einer dringenden Debatte über den ominösen Hintergrund der aktuellen militärischen Mentalität auszuweichen. Die Schwere dieses Themas würde dringend verlangen, dass der Staat und die Zivilgesellschaft in ihrer Ganzheit sich damit auseinandersetzen.